

Abonnementpreis:

Der unparteiische — jeden Wochentag (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Verbindung gelangende — Sächsische Landes-Anzeiger mit Beiblättern kostet monatlich 30 Pf. bei den Ausgabestellen in Chemnitz und den Vororten, sowie bei der Post. (Angestrichen unter Nr. 4633.) Das 4. Quartal erfasst die Abonnenten Jahresbuch (Wochenzeitungspreis) des Anzeigers.

Verlag: Alexander Wiede,
Buddekerstr. 6, Chemnitz.

Sächsischer Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

Abonnements-Einladung.

Für das am 1. April beginnende neue Quartal nehmen die Postanstalten, sowie in Chemnitz und Umgegend die Ausgabestellen, Abonnementsbestellungen auf den „Sächsischen Landes-Anzeiger“ mit seinen Beiblättern zum Preis von 1 Mark 80 Pf. entgegen. Der Sächsische Landes-Anzeiger ist in der deutschen Post-Zeitung-Breitseite unter Nr. 4633, in der Österreichischen unter Nr. 2108 eingetragen.

Im Beiblatt: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ beginnen wir am 1. April den Kriminal-Roman: „Ein Thaler“ von dem viel-gemauerten Romanfrieschsteller Adolf Gireck.

Reiben diesem größeren Roman haben wir für das neue Quartal wieder eine Reihe hochinteressanter kleiner Novellen, Feuilletons, zum Abdruck für unseren Landes-Anzeiger erworben.

Um abwechselnd recht zahlreichen Beliebt nener Abonnenten dient die Verlags-Expedition des Sächsischen Landes-Anzeigers.

Unsere geehrten Post-Abonnenten

erachten wir, das Abonnement für das neue Quartal möglichst bis zum 28. März erneut zu wollen, damit in der Fasching der Exemplare keine Unterbrechung eintrete. Bei verspätet hier eintreffenden Post-Abonnements-Bestellungen erhält die Post für Nachlieferung bereits erschienener Nummern eine Ertragebüro von 10 Pf.

Die Verlags-Expedition des Sächsischen Landes-Anzeigers.

Amtliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Der Strumpfwaren-Herr Friedrich Louis Drummel in Auerbach bei Chemnitz, in dem dasche Dorfstraße der Parfümerie unter Nummer 51 des Grundbuchs für Auerbach eine Storaufzage für ein Wasserwerk zu errichten. In Gemäßheit § 17 der Gewerbeverordnung vom 1. Juli 1885 wird dies mit der Aufsichtserklärung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen vorzegen, wofür sie nicht auf beobachteten Vorwurfs-Artikeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, allein anzubringen.

Chemnitz, am 16. März 1886. Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Im Handelsregister für den Städtebezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Datum 191 verlaufen, daß der Waschmaschinenfabrik Herr Julius Hermann Ulbricht in Chemnitz in die Firma Hermann Ulbricht selbst als Mithaber einzgetreten ist.

Chemnitz, am 19. März 1886. Königliches Amtsgericht.

Im Wettbewerbsamt des unterzeichneten Amtsgerichts ist unter 1000 eingetragen: Firma Georg Endner u. Co. in Chemnitz, ein verschließbares Hotel, enthaltend die Bedürfnisse zu verschiedenen Kreuzen und Kreuzverbindungen, plastische Erzeugnisse, Schuhwerk 3 Jahre, angemeldet am 11. März 1886, Rechnungsdatum 8 Uhr.

Chemnitz, am 20. März 1886. Königliches Amtsgericht.

Das Strumpfwarenabteilungsamt des verlobten Herrn Ernst Richard Friedel in Siegmar soll mit dem zugehörigen Hause, den Mietshäusern, dem Waschraum und Garverkosten verlangt werden. Kaufleute wollen sich an Herrn Gemeindeschulthei Eduard Teubel in Siegmar wenden.

Königliches Amtsgericht.

Telegraphische Nachrichten.

Von 21. März.

Berlin. Der König und die Prinzen von Sachsen trafen heute 1½ Uhr Nachmittags hier ein, begüßt vom Kronprinzen, dem Prinzen Wilhelm, der sächsischen Gefandtschaft und den anwesenden sächsischen Offizieren. Der Kronprinz und Prinz Wilhelm geleiteten den König und die Prinzen in das Kaiserliche Palais, woselbst das Kaiserpaar die sächsischen Gäste herzlich begrüßte. Die Letzteren stellten darauf den Mitgliedern der kaiserlichen Familie Besuch ab und empfingen im Schlosse die Gegenbesuch. Prinz Heinrich war infolge einer Erkrankung verhindert, an dem Empfang am Bahnhof teilzunehmen. Um 5 Uhr ist bei dem Kaiser Familiensatz und Abend Theegesellschaft. An beiden nehmen die sächsischen Gäste Theil.

Wien. Der jüdische Cabinettschef Saradjian ist nur deshalb noch nicht entlassen worden, weil eine Neubildung des Cabinets noch nicht gelingen wollte. Zur Anfrage des Königs Wilhelms ist Wissenschaftlich die Versuche, ein Kabinett zu formieren, fort, doch bleibt der Erfolg fraglich, weil die Parteiabschlüsse äußerst prellt sind.

Düsseldorf. Ihr heute sind in den Vorhöfen von Brüssel mehrere sozialistische Meetinge angekündigt. Die für den Schutz der öffentlichen Ordnung gebildeten Abtheilungen der Bürgergarde sind deshalb einbehalten, die Polizeiamtshäuser und die Gendarmerie sind ausgesetzt. Es ist der formelle Befehl ertheilt, jeden Volksaufstand, welcher in die Stadt einzudringen sucht, unter Anwendung von Gewalt auseinander zu treiben.

Dresden. Der Minister des Innern, Graf Tolstoi, ist gestern Abend zwecks Consultation des Professors Bachofen nach Moskau abgereist, seine Abwesenheit von hier dürfte etwa acht Tage dauern.

Hago. In den Abtheilungen der zweiten Kammer sind über die Opportunity der Conventur der vierprozentigen Staatschuld verschiedene Bedenken erhoben worden. Neben der angewidrlichen politischen Lage, welche für die Annahme der Conventur wenig günstig erscheint, ist namentlich bemängelt worden, daß die Conventur finanziell durch ein Bankenkonsolidat bewirkt werden soll. Man verlangt deshalb Kenntnis von den bei den bezüglichen Verhandlungen festgestellten Bedingungen, um sich über Garantien für den Staat und die gegenwärtigen Obligationenhaber ein Urtheil bilden zu können.

Kairo. Nach dem für die Conventur der Dax- und Domänen-Uleichen aufgestellten Entwurf soll den gegenwärtigen Besitzern dieser Ländereien eine neue privilegierte fünfprozentige Rente zu einem Preis angeboten werden, welcher dieselben für den Umlauf geneigt machen würde. Die neue Rente, deren Dienst die Schulden übernehmen würde, soll überdies noch durch die Einführung aus drei Produkten garantiert werden, deren Ertrag den für die Uleiche jährlich erforderlichen Betrag beträchtlich überschreitet. Der Entwurf enthält weitere Bestimmungen, welche die Amortisierung der neuen Rente in 14 Jahren ermöglichen.

Die Chemnitzhalbahn.

Chemnitz, den 22. März.

Bei wiederholten Malen haben die Bewohner des Chemnitzhalbahn sich an Regierung und Stände gewendet und um Errichtung einer Eisenbahn auf Städtebahnen in der Richtung von Wechselburg nach Chemnitz durch das Chemnitzthal gebeten. Eine dahin gerichtete Petition wurde von der Städteversammlung 1883/84 der Staatsregierung zur Kenntnisnahme überreicht. Da nun die Ausführung eines Chemnitzhalbahnprojektes noch als für einige Finanzperioden hinausgeschoben erscheint, so hat sich, wie wir schon häufig in einem längeren Artikel über das genannte Bahuprojekt ausführten, in neuerer Zeit ein Comité gebildet, welches, gestützt auf die geschilderte Wirkung eines angeschäftlichen Bauunternehmers, die Verwirklichung des Projektes aus Privatmitteln in die Hand genommen und um Erlaubnis zur Vornahme genereller Vorarbeiten für eine schmalspurige Secundaireisenbahn von Wechselburg durch das Chemnitzthal nach Chemnitz nachgefragt hat. Wenn nun die in Aussicht genommene Bahn nicht allzu entfernt von zwei Städtebahnen, der Bahn Riesa-Chemnitz einerseits und Chemnitz-Altenburg andererseits, gelegen ist, neben letzterer sogar und zwar auf der Strecke Coswig-Chemnitz parallel hinzläuft, so find doch zur Erreichung der Haltestellen der genannten Bahnen vom Chemnitzthal aus nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Das Chemnitzthal aber sieht durch seine schwunghaft drehenden Industriegebäude eine im Thale hinfließenden Bahn genügend freie, sowie ein lebhafte Personenverkehr ebenfalls in Aussicht steht.

Die Gesamtlänge dieser Bahn beträgt 28 Kilometer. Für den Betrieb als Lokalbahn sind, wie wir schon früher anführten, zahlreiche Haltestellen in Aussicht genommen. Obwohl nun diese Bahn als eine zwei Städtebahnen verbindende, deren Entfernungsvorstellungen abkürzende Bahn anzusehen ist, würde die Regierung dennoch, sofern die Bahn den Charakter einer reinen Städtebahn gewahrt, gegen deren Concessionsurkunde zum Bane ein wesentliches Bedenken nicht haben, würde sich jedoch aus diesen Gründen und da die Bahn in Städtebahnen, beyleblich Städtebahnhöfe einmündet, den Betrieb derselben durch die Städtebahnenverwaltung vorbehallen.

Nach Ertheilung des Regierung-Decrets war noch eine Petition des Dr. Sellnix und Genossen eingegangen, welche die Weiterführung einer Chemnitzhalbahn von Wechselburg bis Marxdorf befürwortete.

Auf eine Anfrage an die Königliche Staatsregierung, wie sich dieselbe zu dieser Petition verhalte, gab dieselbe folgende Erklärung ab:

„Da die Petition des Dr. Sellnix und Genossen erst in der neuesten Zeit eingegangen ist, so hat die Regierung noch keine Erörterungen darüber aussuchen können, ob die erwähnte Weiterführung der Chemnitzhalbahn anstatt nach Wechselburg bis Marxdorf denkbar oder vorbehaltlich ist. Soviel ist bis jetzt zu übersehen, daß den veränderten Projekte kaum erhebliche Bedenken entgegenstehen, ob freilich eine Bildungsgesellschaft genugt sein möchte, die Bahn auf etwa 4 Kilometer durch eine ganz verkehrende Gegend unter Leiterwindung immerhin ungünstiger Steigungsvorstellungen fortzuführen, ist zweifelhaft. Denfalls würde aber die Regierung nichts dagegen einzubringen haben, wenn die Expropriationsermächtigung auf die Fortsetzung eventuell erstreikt würde.“

Die Deputation der zweiten Kammer in der fürrlich die Angelegenheit vorbereitet wurde, hat Weiteres zu diesem Projekte nicht zu demetzen und empfiehlt daher der Kammer:

die Königliche Staatsregierung zur Erteilung der Expropriationsbefugnis zu Gunsten einer schmalspurigen, von Chemnitz aus durch das Chemnitzthal eventuell bis Wechselburg oder Marxdorf zu erbauenden Secundaireisenbahn, sowie des dabei für erforderlich gehaltenen Aufschlagsgleise an eine Privatgesellschaft, welche die nötigen Mittel nachweist und sich den zu stellenden Bedingungen unterwirft, zu ermächtigen.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 22. März.

Deutsches Reich. Heute Mittag erfolgte die Geburtstagsgratulation beim Kaiser in gewohnter Weise. Zur Parade-Abgabe wurden 101 Kanonen salutiert. Heute Abend findet eine Solive im Schloss statt.

Der sächsische Landtag soll, wie wir erfahren, erst am 30. März geschlossen werden, da derselbe — wie voranzusehen war — seine Arbeiten bis zum 26. d. M. nicht beendigen kann.

Die Officiercommissarssteuer-Vorlage wird schon am Dienstag im Reichstage definitiv angenommen werden, und es soll dann in Preußen und Sachsen, sowie den übrigen norddeutschen Bundesstaaten sofort zum Ende der Ausschreibungsdeterminen gefürt werden. Da das geschieht, so wird der Reichstag die Erhöhung der Offizierspensionen genehmigen.

Mit dieser Erlassabsicht dent der Reichskanzler im Range dieser Parlamentskampagne noch hervorzu treten. Für den Reichstag ist eine neu Braunkohlesteuer-Vorlage, die Einführung einer Consumenten-, und eine Vorlage betr. Reform der Spirituosensteuer (Erhöhung der Ausfuhrvergütung) bestimmt, für den preußischen Landtag ein Gesetz der Reform der direkten Einkommensteuer. Der Reichstag wird schon bei der zweiten Beratung des Monopols, die Ende dieser Woche stattfindet, Anlaß nehmen, sich über den neuen Braunkohlesteuerplan einzuschreiben. Die Mehrheit des Reichstags willst einen Seftonschluß zu Ostern schließen; ob es dahin kommt, bleibt abzuwarten.

Die Socialcommission des Reichstages hat folgenden Antrag bei Abg. Stolle angenommen. In Fabriken dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Festtagen, desgleichen in der Nachzeit von 8½ bis 10 Uhr Abends bis 6½ Uhr Morgens nicht beschäftigt werden.

Auswanderer nach Florida zu ziehen, wird von Auswanderungsagenten versucht. Man lasse sich nichts vorreden; denn neue Schuhelle der aufgestellten Behauptungen sind Schwund.

Frankreich. Der Kriegsminister Boulanger hat mittels Kundschreibens alle Kavalleristen in französischen Heere, namentlich Brigad und Kavalleriereiter, verboten. — Der Einsatz eines großen Theils des Kavalleriewerks in einem Bogen-Sperre hat in Paris große Aufregung verursacht. Jetzt wird in fieberhafter Weise nach den Schülern gelucht. — Der Senat hat trotz allen Wider spruchs der Konservativen das Gesetz angenommen, nach welchem Geistliche

Insertionspreis:

Raum einer kleinen Corpusszelle 15 Pf.; — Raume (längliche Corpusszelle) 80 Pf. — Bei Wiederholung großer Annenzen Rabatt. Bei Belehnungen von Kadetten kostet Interessentenbeitrag (Vorlesungen) bezüglich (es gibt keinen Corpusschulzettel dazwischen). Annenzenannahme: nur bis Vormittag.

Expedition und Redaktion:
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegramm-Nr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.
Fernsprech-Nr.: Nr. 124.

in den Volksschulen nicht mehr unterrichten dürfen. — Paris nimmt eine Anzahl von 250 Millionen auf und in Decazeville bauen die unbekannten Zechen fort.

Belgien. Die unerhörten Unruhen in Lüttich haben in ganz Belgien große Aufregung hervorgerufen und überall zu umfassenden Vorstossen gegen Anhänger Antisemitismus gegeben. Die Ruhe in Lüttich ist zwar nicht wieder gefördert, aber sämmtliche Kohlenwerke um Lüttich sind doch militärisch besetzt worden. Zu Brüssel wird die Gendarmerie marschbereit gehalten.

England. Es ist keine Absicht vorhanden, daß Gladstone die Zustimmung der Minister Chamberlain und Trevelyan zu seinem Plan für Irland erlangen wird. Die beiden Herren werden vorläufig im Amt bleiben, aber ihre Entlassung nehmen, sobald die irischen Vorlagen an das Parlament gelangen. — Dem irischen Abgeordneten Davitt ist von den Studenten in Oxford Adel mitgeplättet worden. Er hielt dort einen Vortrag und drohte die Nach im Universitätsgelände als Gast eines Studenten zu. Vieles Studenten mischten es, daß dem ehemaligen Bandenführer das Gesetz zu Davitt Blümmer zu. Das seine Freiheit wieder zu erlangen, wünschte sich Davitt mittels eines Vertrags aus dem Lande herauszubringen.

Württemberg. Der französische Botschafter in Petersberg, General Appert, ist abberufen. Die russische Regierung hatte lange gegen einen Botschafterwechsel protestiert, weil sie keinen republikanischen Hochspion in Petersberg haben wollte, hat sich aber doch nun davon getrennt, nachdem man in Paris versprochen hat, eine gemäßigte Persönlichkeit zu senden.

Niederlande. Die holländische Regierung hatte den Plan, ihre vierprozentigen Staatspapiere in dreieinhalbprozentige zu konvertieren. Jetzt ergibt sich aber im Lande so großer Widerspruch, daß wohl der Gedanke verzögert werden wird.

Orient. Neben das rumänische Abkommen, dessen Genehmigung durch die Großmächte infolge des bekannten Protests des Fürsten von Bulgarien verzögert ist, wird viel mehr gesprochen und geschrieben, als die ganze Geschichte wert ist. Es kann gar nicht darüber obhalten, daß der Fürst seinen Protest zurückziehen und alles sich friedlich regeln wird. — Griechen steht in Griechenland, wo die Bevölkerung vom Kriegsteil sei rein befreit ist. Alle Hoffnungen und Erwartungen haben auch nicht den geringsten Erfolg gehabt, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Griechen und Türken einander in die Haare gerathen. Verhindert kann das nur werden, wenn die Flotte der Großmächte vor dem Hafen von Athina erscheint und darnach sieht es nicht gerade aus.

Aus dem Reichstag.

— nn. Berlin, den 21. März.

Die Sonnabendssitzung war nur von langer Dauer. Der Gesetzesentwurf betr. die Herausziehung der Offiziere zu den Gemeindeabgaben wurde in zweiter Lesung befehllos angenommen, und dann der Rest des Budgetsvereinges ohne jede erhebliche Debatte angenommen. Es handelt sich nur um Ausführungsbestimmungen. Die Beschlüsse hierüber sind so lange wertlos, als keine Einigung über die abgelehnten §§ 1. 2. des Gesetzes erfolgt ist. Nächste Sitzung: Dienstag.

Sächsischer Landtag.

Die erste Kammer erledigte vorgestern die eingegangenen Petitionen um Herstellung neuer Straßen und Brücken. — Die Sitzung der zweiten Kammer begann bereits um 9 Uhr. Den ersten Gesetzstand der Tagessordnung bildet die Schlussberatung über den Bericht der Finanzdeputation A über den Rentenplan für das vorjährige militärische Jahr in Dresden und einige damit zusammenhängende Bauten, sowie über die dazu eingegangenen Petitionen. Die Deputation beantragt: 1. Dem Antrage der Regierung, sie zu ermächtigen, daß durch den Rentenplan erschlossene fideikommissielle Kredite befähiglich zu verwerthen und dem weiteren Antrage im folgenden Satzung: „zur Herstellung einer von der Stadtgemeinde Dresden zu errichtenden vierstöckigen Elbbrücke als Gehälte für die Summe von einer Million Mark zu bewilligen, mit der Auflage, daß von dieser Summe 223.300 Mark in den außerordentlichen Etat von 1886—87 unter Titel 30 eingesetzt werden“, zuzimmen; 2. Die zu diesem Decret eingegangenen Petitionen der Regierung zur Kenntnisnahme zu übergeben. Demgemäß wird beschlossen. Es folgt die Schlussberatung über die Petition der Brauereiwerkstatt zu Dresden um Gewöhnung einer Städtebahn zum Neubau eines Krankenhauses. Nach kurzer Debatte wird der Kammertitel dem Deputationsvotum genügt, der Rentenplan 300.000 Mark zum Bau eines neuen Krankenhauses durch Überweisung der Kleinenmagazingetriebegelehrungs zu gewähren und in den Titel gemeinsam 65.000 Mark transitorisch einzustellen.

Es folgt die Schlussberatung über die Petition des Rentenplanes Löpser in Strelitz um die Benutzung einer im Freien errichteten Lampenbahn, wozu Abg. Böhme referiert. Nach kurzer Debatte, an welcher Geh. Rath v. Einsiedel und die Abg. v. Polenz und Dr. Pfeiffer beteiligt, beschließt die Kammer genügt dem Deputationsantrage, die Petition auf sich beziehen zu lassen. — Zum Schlusse kommt man zur Beratung über die Petition Schlosser's in Zwönitz um Abänderung des Gesetzes vom 2. April 1884, welches sich auf die Ordnung der Kranen- und Knappenhäuser bezieht. Als Referent fungiert Abg. Speck. Die Beratung und Abstimmung der Deputation, welche diesen Bericht giebt, beantragt, die Petition auf sich berufen zu lassen. Abg. Stolle hätte hierfür die Abstimmung zur Einigung gewünscht. Er stellt einen hierzu bezüglichen Antrag. Geh. Rath Böbel erklärt, die Regierung sehe sich nicht in der Lage, auf diesem Gesetz, welches erst December 1884 zur Einführung gekommen sei, schon Änderungen zu treffen. Abg. Dr. Straumer hat die Hoffnung, daß sich in Zukunft eine Theilweise der Veränderung anbietet. Abg. Streit schließt sich der Antragung der Regierungsvorstellung an. Abg. Stolle befürwortet nochmals seinen Antrag. Nach dem Schlusswort des Referenten, welches auf die Unzulänglichkeit der Annahme dieses Antrages nach dem bisherigen Gebrauch der Kammer hinweist, wird der Antrag Stolle gegen 3 Stimmen abgelehnt, der der Deputation gegen ebensoviel angenommen. Damit schließt die Sitzung um